



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katharina Schulze BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
vom 26.05.2020

Angriffe auf Infrastruktureinrichtungen in Bayern in der Corona-Pandemie

Ich frage die Staatsregierung:

- 1.1 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Angriffe auf Funktürme, Strommasten, Kabelschächte, Telekommunikationseinrichtungen bzw. andere Infrastruktureinrichtungen in Bayern während der Corona-Pandemie? 2
- 1.2 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung insbesondere über den Brand eines Funkturms des Bayerischen Rundfunks (BR) an der Floriansmühle sowie über den Brand eines Sendemastes in Unterhaching? 2
- 1.3 Wie viele solcher oder ähnlicher Angriffe sind der Staatsregierung bekannt? 2

- 2.1 Wo haben diese jeweils stattgefunden (bitte genaue Darstellung des jeweiligen Sachverhalts)? 2
- 2.2 Sind dabei Personen zu Schaden gekommen? 2
- 2.3 Welcher Sachschaden ist dabei jeweils ungefähr entstanden? 2

3. Sieht die Staatsregierung Nachahmungseffekte zwischen den jüngsten Vorfällen in Bayern und der aus Großbritannien bekannt gewordenen Anschlagserie gegen Funkmasten, die dort offenbar von Verschwörungstheoretikerinnen bzw. Verschwörungstheoretikern verübt worden ist, die ihre kriminellen Aktionen mit der aberwitzigen Behauptung zu rechtfertigen versuchen, das neuartige Coronavirus werde über die Funkmasten mit der 5G-Strahlung übertragen und die Regierung kontrolliere unsere Gedanken über die Funkwellen? 3

- 4.1 Welche konkreten Informationen hat die Staatsregierung zu extremistischen Motiven der möglichen Täterinnen bzw. Täter? 3
- 4.2 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Verbindungen von Corona-Verschwörungstheoretikerinnen bzw. Corona-Verschwörungstheoretikern zum linksextremen Milieu? 3
- 4.3 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Verbindungen von Corona-Verschwörungstheoretikerinnen bzw. Corona-Verschwörungstheoretikern zum rechtsextremen Milieu, insbesondere zu Querfront, Reichsbürgern und 5G-Gegnern? 3

5. Weshalb wird laut Medienberichten davon ausgegangen, dass die Anschläge in Bayern dem linksextremistischen Milieu zuzuordnen seien und nicht etwa den Corona-Verschwörungstheoretikerinnen bzw. Corona-Verschwörungstheoretikern? 4

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz
vom 03.07.2020

1.1 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Angriffe auf Funktürme, Strommasten, Kabelschächte, Telekommunikationseinrichtungen bzw. andere Infrastruktureinrichtungen in Bayern während der Corona-Pandemie?

Aufgrund des Kontexts der Schriftlichen Anfrage handelt es sich bei den angefragten Straftaten um Politisch motivierte Kriminalität, welche im Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität abgebildet werden.

Zu den in der Frage genannten Merkmalen gibt es in dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität keine entsprechende statistische Erhebung bzw. Auswertemöglichkeit, sodass die Fragestellung hierzu nicht automatisiert beauskunftet werden kann.

1.2 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung insbesondere über den Brand eines Funkturms des Bayerischen Rundfunks (BR) an der Floriansmühle sowie über den Brand eines Sendemastes in Unterhaching?

Funkmast Floriansmühle:

In der Nacht von Donnerstag, 21.05.2020, auf Freitag, 22.05.2020, zündeten gegen 02.50 Uhr bislang unbekannte Täter auf dem Gelände des Bayerischen Rundfunks (BR) in 80939 München, Floriansmühlstraße 60 einen Funkmast an, der dadurch in Vollbrand geriet. Das Feuer wurde zeitnah von einem Mitarbeiter des BR entdeckt und konnte von der sofort verständigten Feuerwehr gelöscht werden. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 1,2 Mio. Euro.

Funkmast Unterhaching:

Am 19.02.2020 setzte ein bislang unbekannter Täter zwei Trafokästen, die sich auf dem Gelände der Fa. „DFMG Deutsche Funkturm GmbH“ in Unterhaching befinden, in Brand. Gegen 06.00 Uhr bemerkte ein auf der BAB 995 vorbeifahrender Verkehrsteilnehmer diesen und informierte die Feuerwehr.

Die Trafokästen sind an einer von zwei Holzhütten (Betriebstechnik, Verteiler- und Serverraum) montiert. Ein damit über Kabelschächte verbundener Funkturm steht in der Mitte zwischen den beiden Hütten. Das Feuer der beiden Trafokästen griff auf die Holzvertäfelung der Hütte über. Die Feuerwehr konnte den Brand aufgrund der frühen Meldung zeitnah löschen, ohne dass der daneben befindliche Funkmast in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ein dritter Trafokasten (direkt neben den beiden beschädigten) blieb ebenfalls unversehrt. Der Sachschaden beläuft sich nach vorläufigen Schätzungen auf ca. 10.000 Euro.

1.3 Wie viele solcher oder ähnlicher Angriffe sind der Staatsregierung bekannt?

2.1 Wo haben diese jeweils stattgefunden (bitte genaue Darstellung des jeweiligen Sachverhalts)?

2.2 Sind dabei Personen zu Schaden gekommen?

2.3 Welcher Sachschaden ist dabei jeweils ungefähr entstanden?

Es wird auf die Antwort zur Frage 1.1 verwiesen.

- 3. Sieht die Staatsregierung Nachahmungseffekte zwischen den jüngsten Vorfällen in Bayern und der aus Großbritannien bekannt gewordenen Anschlagsserie gegen Funkmasten, die dort offenbar von Verschwörungstheoretikerinnen bzw. Verschwörungstheoretikern verübt worden ist, die ihre kriminellen Aktionen mit der aberwitzigen Behauptung zu rechtfertigen versuchen, das neuartige Coronavirus werde über die Funkmasten mit der 5G-Strahlung übertragen und die Regierung kontrolliere unsere Gedanken über die Funkwellen?**

Wie in der Antwort zur Frage 1.2 dargestellt, wurden nicht erst zu Beginn der sogenannten Corona-Krise Funkmasten in Brand gesetzt. Nach den derzeitigen Erkenntnissen ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die Intention der Täter gegen das „Netz der Kontrolle“ richtet.

Darüber hinaus liegen dem Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) zu Nachahmungseffekten im Sinne der Fragestellung keine Erkenntnisse vor.

- 4.1 Welche konkreten Informationen hat die Staatsregierung zu extremistischen Motiven der möglichen Täterinnen bzw. Täter?**

Im linksextremistischen Milieu kursieren in der anarchistischen Szene seit Wochen Aufforderungen zum Angriff auf Infrastruktureinrichtungen, die angeblich der staatlichen Überwachung dienen. So veröffentlichte die anarchistische Wochenzeitung „Zündlumpen“ Nr. 60 am 06.04.2020 eine „Einladung zu einem gefährlichen Mai“, in der dazu aufgerufen wird, Glasfaserkabel, Übertragungsantennen und Strommasten zu sabotieren. In der Ausgabe Nr. 64 des „Zündlumpens“ vom 11.05.2020 wurde eine Anleitung veröffentlicht, in der in vier Schritten erklärt wird, wie man Mobilfunkmasten zerstören kann. Die Veröffentlichung der Sabotageanleitung im „Zündlumpen“ erfolgte im zeitlichen Zusammenhang mit einem von spanischen Anarchisten zum 30.04.2020 ausgerufenen internationalen Sabotagefest. Ebenfalls in der Ausgabe Nr. 64 veröffentlichte der „Zündlumpen“ eine „unvollständige Chronik“ unter der Überschrift „Brenn, Funkmast, brenn!“, in welcher Anschläge auf Mobilfunkmasten in Belgien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, den Niederlanden und den USA aufgeführt werden. Auch in der Ausgabe Nr. 61 des „Zündlumpens“ vom 13.04.2020 wurden europaweite Brandanschläge auf 5G-Infrastruktur befürwortet.

Aus dem Phänomenbereich Rechtsextremismus lassen sich derzeit keine Aussagen über etwaige extremistische Motive im Sinne der Fragestellung treffen.

- 4.2 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Verbindungen von Corona-Verschwörungstheoretikerinnen bzw. Corona-Verschwörungstheoretikern zum linksextremen Milieu?**

Erkenntnisse über Verbindungen von Corona-Verschwörungstheoretikern zum linksextremistischen Milieu liegen dem BayLfV nicht vor. Teile der linksextremistischen Szene vertreten vielmehr die Ansicht, die Teilnehmer der sogenannten Hygiene-Demos seien unabhängig von deren eigener Motivation Teil einer Verschwörung von Faschisten und Kapital, der man entgegentreten müsse.

- 4.3 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Verbindungen von Corona-Verschwörungstheoretikerinnen bzw. Corona-Verschwörungstheoretikern zum rechtsextremen Milieu, insbesondere zu Querfront, Reichsbürgern und 5G-Gegnern?**

Es zeigt sich grundsätzlich, dass Rechtsextremisten und Reichsbürger vereinzelt versuchen, aus einzelnen Elementen von Verschwörungstheorien Schnittmengen zu erzeugen und sich diese zunutze zu machen. Extremisten versuchen so, in einem verschwörungstheoretisch orientierten Milieu, das bislang durch die offen rassistische und fremdenfeindliche Agitation von Rechtsextremisten nicht ansprechbar war, neue Anhänger zu gewinnen.

Im rechtsextremistischen Milieu wird von Einzelpersonen auch ein vermeintlicher Zusammenhang zwischen dem Coronavirus und der Mobilfunktechnik 5G diskutiert.

In der Reichsbürger-Szene ist eine angebliche Auswirkung der 5G-Strahlung in Teilen Gesprächsthema. So ist beispielsweise auf dem YouTube-Kanal der deutschlandweit aktiven Gruppierung „Staatenlos.info – Comedian e. V.“ der angebliche Zusammenhang zwischen dem Mobilfunkstandard 5G und dem Coronavirus Gegenstand von Diskussionen.

Bereits vor der Corona-Pandemie war die Kritik an 5G ein gängiges Thema in Reichsbürger-Kreisen. Es wurde seit einiger Zeit in einschlägigen Auftritten im Internet diskutiert oder zur Mobilisierung für Veranstaltungen genutzt, so auch im letzten Jahr in Bayern. Durch das Coronavirus sehen sich Kritiker des 5G-Netzes innerhalb der Reichsbürger-Szene bestätigt.

Darüber hinaus liegen dem BayLfV derzeit keine weiteren Informationen zu personellen oder strukturellen Verbindungen zwischen den angefragten Milieus vor.

5. Weshalb wird laut Medienberichten davon ausgegangen, dass die Anschläge in Bayern dem linksextremistischen Milieu zuzuordnen seien und nicht etwa den Corona-Verschwörungstheoretikerinnen bzw. Corona-Verschwörungstheoretikern?

Es ist nicht Aufgabe der Staatsregierung, Einschätzungen und Bewertungen von Medienberichterstattem, welche nicht Gegenstand der Schriftlichen Anfrage sind, zu kommentieren. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Staatsregierung keine Informationen zu den der Medienberichterstattung zugrunde liegenden Erkenntnisquellen vorliegen.